

Studierendenschaft der Universität Würzburg

Audimax (Hörsaal 216, besetzt)  
Neue Universität  
Sanderring 2  
97070 Würzburg



An die Presse

Würzburg, 26.11.2009, Stand: 22.00Uhr.

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir, das Plenum des derzeit besetzten Audimax der Julius-Maximilians-Universität Würzburg, würden Sie gerne über die aktuellen Ereignisse und die geplante Vorgehensweise informieren.

Das Plenum arbeitet weiter an einer Mobilisierung der Öffentlichkeit für ihre Belange. Die Kernforderungen sind nach wie vor dieselben, seit dem 25. November sind diese auch bayernweit unter den Universitäten abgesprochen und ausformuliert. Sie werden per E-Mail an alle Mitglieder des Landtages, die Bundestagsabgeordneten aus Bayern, bildungspolitische Sprecher und Bildungsverbände sowie die bayerischen Gymnasien versendet.

Der erste Teilerfolg ist zu vermelden: Heute gingen zwei Dringlichkeitsanträge (CDU und SPD) durch den bayerischen Landtag. Beide griffen konkrete Forderungen aus unserem Plenum und den anderen bayerischen Universitäten auf. Überwiegend beinhalten sie eine Überarbeitung der Bolognaform. Im Punkt Bürokratieabbau national und europaweit fordern beide die Schaffung von mehr Flexibilität, Mobilität und auch Zeit für Auslandsaufenthalte. Auch die Überarbeitung der Studieninhalte und -länge wird von beiden Parteien unter dem Stichwort „Studierbarkeit“ angesprochen. Der SPD-Entwurf beinhaltet eine Mitarbeit der Studierenden bei zukünftigen Beschlüssen der Hochschule. Im Dringlichkeitsantrag der CSU wird auf die Studierenden nicht hingewiesen.

Die Studiengebühren werden von keinem der Anträge angesprochen. Auch die Frage nach Demokratisierung des Hochschulwesens zugunsten einer größeren Beteiligung der Studierenden scheint nicht berücksichtigt worden zu sein. Das Plenum wird sich ab morgen eingehender mit den Protokollen der Sitzung und den Anträgen der beiden Parteien auseinandersetzen.

Ein weiterer Teilerfolg ist direkt im Studentenalltag zu verorten. Der Dekan der Philosophischen Fakultät 1 hob Unterschriftenlisten, die in den Einführungsvorlesungen bis dato verpflichtend waren, Teil der Anwesenheitspflicht waren, auf. Er begründete dies damit, dass der bürokratische Aufwand nicht zu bewältigen sei. Wir begrüßen diese sinnvolle Nutzung einer Kompetenz, die den Studierenden, wie auch den Universitäten, eine sinnlose Last von den Schultern nimmt. Es erfüllt uns natürlich auch ein wenig mit Stolz, dass eine unserer Forderungen ins Rollen gekommen ist, aber die Freude über eine sinnvolle Verbesserung für alle Beteiligten ist ebenbürtig. Weiter so!

Die FH Würzburg bekundete in einem basisdemokratischen Plenum – nach einem Gespräch mit ihrem Präsidenten und dem Kanzler – ihre Solidarität, entschied sich aber gegen eine Besetzung. Ebenso bekundete der Arbeitskreis Bildung der SPD seine Solidarität. Gleiches gilt für den BDKJ, die KHG und die ESG.

Für Montag, um 17.00 Uhr, ist ein Gespräch mit dem Universitätspräsidenten, Herrn Forchel, angedacht. Im Anschluss daran wird ein Gastvortrag unter dem Titel „Zum Tode verurteilt – Kämpfer für Gerechtigkeit. Begegnung mit Shuja Graham“ stattfinden. Geplant ist, dass die für alle

Interessierten offene Veranstaltung um 20.00 Uhr im Audimax beginnt.

Bei Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung ( Kontakt: [ak-presse@wuerzburg-brennt.de](mailto:ak-presse@wuerzburg-brennt.de) )  
mit freundlichen Grüßen,  
das Plenum des Audimax der Julius-Maximilians Universität Würzburg.

P.S.: Wir verweisen für weitere Informationen außerdem auf die Internetseiten [www.wuerzburg-brennt.de](http://www.wuerzburg-brennt.de).